

## Aktionsformen und Widerstandsgeschichte

eine Zusammenfassung

Joachim Raschke hat Mitte der 80er Jahre folgende Einteilung von Aktionsformen vorgeschlagen:

1. die intermediäre Aktion, die über fremde oder unter eigener Kontrolle befindliche Vermittlungsträger bzw. -organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Medien) in die politische Auseinandersetzung eingreift. Wichtige Beispiele sind der Wahlkampf und institutionalisierte Streiks als Bestandteil des gewerkschaftlichen Tarifkampfes.

2. die direkte Aktion, die sich unter Umgehung der institutionalisierten Vermittlung unmittelbar an die Kontrollinstanzen (Staat, Unternehmen usw.) richtet und ihnen mehr oder weniger großen Schaden androht. Die möglichen Kosten sollen den Gegner zum Einlenken bringen. Die breite Palette direkter Aktionen reicht vom politischen Streik, Boykott und Sabotage über Besetzung und Blockade bis hin zum Aufstand usw.

3. die demonstrative Aktion, die sich an Vermittlungs- und Kontrollinstanzen wendet, dabei aber keinen Zwang ausübt, sondern den Konfliktgegner und die Öffentlichkeit von ihrem Anliegen zu überzeugen versucht. Demonstrationen und Protestkundgebungen sind dafür bekannte Beispiele.

Zur Geschichte:

In der Geschichte der modernen Sozialbewegungen haben sich die Strategien und damit auch die Form, die Gewichtung und die Bedeutung der Aktionen immer wieder verändert und verschoben.

Vorindustriell-modernisierende Phase:

Zwischen 1800 und 1850/60 überschneiden sich vorindustrielle Aktionsformen, d.h. vereinzelt spontane, formell noch nicht organisierte, direkte und oft auch gewaltsame, lokal gebundene und reaktive Aktionen (Auflauf, Tumult, Aufruhr) mit in Ansätzen „modernen“ Formen des sozialen Protests.

- Die gewaltsame direkte Aktion taucht als Straßenkampf, Barrikadenbau und bewaffneter Aufstand in den überregionalen Auseinandersetzungen der 48er Revolution auf.
- Die bürgerlichen Bewegungen erweitern das Aktionsrepertoire um intermediäre und demonstrative Aktionsformen.
- Die politischen Vereine organisieren Resolutionen, Massenpetitionen sowie Unterschriftensammlungen und verstärken ihre Bemühungen, Druckereignisse aller Art (z.B. Zeitungen und Flugblätter) zu verbreiten.
- Es finden öffentliche Versammlungen statt (als Vorformen der Straßendemonstration), die aber eher spontan zustande kommen als organisiert.
- Es gibt geschlossene Kundgebungen, die als programmatische Feste (z.B. Wartburgfest 1817) von einem Veranstalter ausgerichtet werden.
- Schließlich kommt es zu offenen Volksversammlungen.

Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin

Im Prinzip sind es immer Konflikte um die Verteidigung einer Lebensweise, der Kampf um Lebensmittel und Lebensformen, um Selbstbestimmung.

- Widerstand gegen obrigkeitliche Sparpolitik (Kürzung von Armengeldern)
- Verbote (z.B. Rauchverbot)
- 1830 Schneiderrevolution (Verhaftung einer ausgelassenen Spiel- und Trinkgesellschaft)
- 1835 Feuerwerksrevolution (Verbot)
- 1847 Kartoffelrevolution (maßlose Preisforderungen der Lebensmittelhändler) - Hungerkrawalle

Vor allem anderen steht Wut, Wut über Wucher, Macht der Marktanbieter, eigene Ohnmacht. Nicht die große, zusammengelaufene anonyme Masse im Zentrum, sondern die soziale Integration in den Häusern, Wohnvierteln ist Vorbedingung für die Fähigkeit zur kollektiven Empörung. So gehen die Unruhen eher von der Peripherie aus, erst dann bilden sich größere Gruppen, die im Zentrum durch die Straßen ziehen, die abends dort zusammenströmen. Daß Rebellion Spaß macht, konnten selbst die empörten, erschütterten oder verängstigten bürgerlichen Beobachter nicht übersehen.

- 1861 Tumult an der Königsmauer (gegen Bordelle gerichtet)
- 1863 Rund um den Moritzplatz (Anlaß Kündigung eines Bierlokales, Aktionen gegen Hausbesitzer und Polizei)
- 1869 Moabiter Klostersturm (Vordringen der Katholiken, Moabit mit seinen Gartenlokalen und Jahrmarktsbuden war der Vergnüungsort der kleinen Leute in Berlin)

- gespanntes Verhältnis zwischen der preußischen Polizeibehörde und den städtischen Unterschichten
- Das Zustandekommen der Exzesse war von relativ äußerlichen Anlässen, Zufällen abhängig, die in einer bestimmten „angeregten“ Situation gewaltsame Aktionen stimulierten.

- 1900 Streik der Eisenbahner
- 1903 Streik der Omnibusangestellten
- 1910 Die Moabiter Unruhen (begann mit einem Streik der 150 Arbeiter einer Kohlenhandlung um höhere Löhne)

Es gibt eine zunehmende Eskalation der Gewalt in den sozialen Auseinandersetzungen in Berlin unmittelbar vor dem 1. Weltkrieg. Im 19. Jh. Waren „Exzesse“ und „Radau“ noch eher zufällig, jetzt werden sie zu Klassenauseinandersetzungen. Die Aktionen gewinnen einen zielgerichteten Charakter.

- während des 1. Weltkrieges gab es Lebensmittelunruhen mit Plünderungen, so die „Lichtenberger Butterkrawalle“, vor allem Frauen protestierten gegen den Krieg

Aus: Zur Sozialgeschichte der Straße ( 1830 - 1980)

Industrielle Phase:

Von 1860 bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts entwickeln sich keine prinzipiell neuen Aktionsformen, aber es sind 4 Merkmale zu erkennen:

1. Die Aktionen werden nun überwiegend von Organisationen und deren Mitgliedern getragen. Spontanität wird mehr und mehr in den Hintergrund gerückt.
2. Aufgrund der größeren gesellschaftlichen Komplexität müssen die Protestierenden ihre Aktionen legitimieren und als Teil einer langfristigen Strategie begründen.
3. Es treten in der industriellen Phase vor allem ökonomische (z.B. Streik) und politische (z.B. Wahlkampf) Aktionsformen hervor.

4. Es verbreitert sich das Aktionsrepertoire, indem einzelne Bewegungen (z.B. SA) „erfolgreich“ intermediäre und direkt-gewaltsame Aktionsformen kombinieren.
- In den Jahren 1860 bis 1918 gewinnen intermediäre Aktionsformen an Bedeutung.
  - Die Struktur der demonstrativen Formen verändert sich in Richtung zu einem Mehr an Organisation und Planung.
  - Die Demonstration als friedlicher Straßenumzug entsteht erst in der industriellen Phase.
  - In den Auseinandersetzungen innerhalb der SPD um eine Verschärfung des Protests zu direkten Aktionsformen (Massenstreikdebatte) müssen sich ihre BefürworterInnen in der Partei (z.B. Rosa Luxemburg) einer Mehrheit beugen, für die die politischen Hauptziele im Organisationsausbau, in allgemeiner Agitation und im Wahlkampf, also im intermediären Bereich bestehen.
  - In der Weimarer Republik ändert sich das Aktionsrepertoire erheblich. Die intermediären Formen verlieren relativ an Bedeutung, es kommt zu umfangreichen demonstrativen und in den letzten Jahren, ab 1928/29 zu einem erheblichen Anstieg der gewaltsamen direkten Aktionen.
  - NS-Zeit: Widerstand konnte sich nur als konspirativ geplante illegale und direkte Aktion darstellen.
  - Die Nachkriegsjahre bis 1960 können als Übergangsphase begriffen werden. Es herrschten intermediäre Aktionsformen vor, punktuelle Anwendung demonstrativer Aktionsformen. Oppositionelles Verhalten mußte im postfaschistischen Deutschland erst wieder gelernt und durchgesetzt werden. Allerdings gab es auch außerparlamentarische Aktionen. (Remilitarisierung und Atombewaffnung)

#### Nachindustrielle Phase:

Mit den 60er Jahren entwickelt sich ein neues Aktionsrepertoire, in dem demonstrative und direkt-gewaltfreie Formen dominieren. Es ist ein Bedeutungsverlust der intermediären und gewaltsamen Aktionsformen bemerkbar. An Boden gewonnen haben demonstrative Aktionsformen. Ziviler Ungehorsam als bewußt regelverletzende, aber gewaltlose Aktionsform wurde bedeutsam.

1968-1988 werden 5 Phasen des Straßenprotests benannt:

1. Studentenrevolte 1968/69
2. 1970-1974: Der SDS zerfällt, der Protest differenziert sich aus...
3. 1975-1978: Die Bürgerinitiativbewegung expandiert erheblich. Das Thema Umwelt erringt eine zentrale Bedeutung. Die Anti-Atomkraftbewegung bekommt eine Vorreiterfunktion. Der deutsche Herbst
4. 1979-1983: Bestimmt wird das Protestgeschehen zunächst durch die Ökologiebewegung, ab 1981 durch die Friedensbewegung, ab 1983 Zenit; Häuserkampf
5. 1984-1988: zunächst Enttäuschung, dann wieder Ökologie Nr.1

#### Demonstrative Aktionsformen:

1. Kundgebung
2. Demonstrationen
  - unterschiedliche Bewegungsarten: z.B. Fahrraddemo
  - expressive Zuspitzungen: Schweigemärsche, Lärmdemonstrationen, Vermummungsdemonstrationen, anachronistischer Karnevalsanzug
  - eskalierende Demonstrationen: Sonntagsspaziergang im Grunewald gegen Spekulanten
3. Symbolisch-expressive Aktion
  - Menschenkette
  - Mahnwache, Schweigekreis, Menschenteppich, Die-In (Frauenfriedensbewegung)

## - Rollenspiel und Protesttheater

### Direkte Aktionsformen:

#### 1. Verweigerung:

- Streik: Hier wird die Arbeitskraft verweigert. Es gibt Streiks, die als direkte Aktion zu werten sind, z.B. die spontane Arbeitsniederlegung, politischer Streik.

- Boykott: Die Auseinandersetzungen der neuen sozialen Bewegungen sind hauptsächlich im Reproduktionsbereich angesiedelt. Bei ihren Verweigerungsaktionen geht es darum, festgefügte Rollenerwartungen außerhalb der Produktionssphäre, z.B. als KonsumentIn, WählerIn oder SteuerzahlerIn, nicht zu befolgen. (Totalverweigerer, Boykott gegen Anteil der Stromgebühren, der zur Finanzierung der Atomenergiewirtschaft verwendet wird, Boykott gegen Produkte von Nestle, Volkszählungsboykott) Die wohl häufigste Form der Verweigerung stellt die Ignorierung polizeilicher Anordnungen und Aufforderungen sowie gerichtlicher Verfügungen dar.

- Hungerstreik und Fastenaktion: RAF, Startbahn-West-Gegner. Im kirchlichen Rahmen ist das Fasten aber eher als demonstrative Aktion zu betrachten und in eine Reihe mit Mahnwache und Schweigekreis zu stellen. (Friedensbewegung)

#### 2. Behinderung

In-Aktion: Die Teilnehmer versuchen durch ihre Anwesenheit den gewohnten Gang der Dinge zu stören, z.B. Go-, Sit- oder Sleep-in. Es herrscht nicht der Ernst der Blockade, sondern es werden Soldaten „besucht“; man „spaziert“ im Wald, „schläft“ auf öffentlichen Straßen oder veranstaltet ein „kollektives U-Bahnfahren“ (z.B. Probeschlafen auf dem Kudamm 1981, um gegen die Räumung besetzter Häuser zu protestieren)

Die Ortsblockade: z.B. Gorleben, Brokdorf, Wackersdorf, Startbahn West: Der friedensbewegte Protest richtet sich überwiegend gegen militärische Einrichtungen. Bei der Ortsblockade geht es um die Blockierung der Austauschbeziehungen eines Objektes mit seiner Umwelt durch Blockierung des Bau-, Werk- und Militärverkehrs.

Die Verkehrsblokade: Sie zielt auf die allgemeine Mobilität der Gesellschaft durch Behinderung des Straßen-, Bahn- und Flugverkehrs. Eine der größten und erfolgreichsten Straßenblockaden war die „Wendland-Blockade“:

Als Funktionsblockaden werden Aktionen bezeichnet, die sich gegen Handlungsgeschehen richten, die sich unter Kontrolle des Konfliktgegners befinden, wie z.B. gegen Militärmanöver und den Bau von industriellen und atomaren Großanlagen.

#### 3. Besetzung

Platzbesetzung: Am 18. Februar 1975 wurde in Whyl das erste Mal in der Protestgeschichte der Bundesrepublik ein für den Bau eines Atomkraftwerkes vorgesehenes Gelände besetzt. Weitere Besetzungsversuche scheiterten in den 70er Jahren, am Einsatz massiver Polizeiaufgebote. 1980 wurde eine Tiefbohrstelle besetzt und darauf die Freie Republik Wendland errichtet und nach 4 ½ Wochen geräumt. Weitere Beispiele sind die Startbahn West und Wackersdorf.

Baum- und Strommastbesetzung: In der Ökologiebewegung werden insbesondere in der zweiten Hälfte der 80er Jahre Baum- und Strommastbesetzungen zumeist von Mitgliedern der Robin-Wood-Initiativen organisiert. Der Baum steht für den bedrohten Wald, der Strommast verweist auf die durch Atomtechnologie erzeugte Energie.

Gebäudebesetzung: Es gab vor allem Kirchenbesetzungen. Nach der Räumung des Hüttendorfes an der Startbahn West wurde der Hessische Rundfunk besetzt. Auch die Redaktionsräume großer Zeitungen wurden aus verschiedenen Anlässen immer wieder mal besetzt. 1983 während eines NATO-Manövers wurde das Rathaus in Kaiserslautern besetzt.

Betriebsbesetzung: Bis Ende der 70er selten, ab 1980 häufigere Aktionsform (z.B. Alcatel)

#### 4. Zerstörung:

Anschlag: Zerstörungsaktionen sind in allen großen Konflikten der Ökologiebewegung zu finden, z.B. Anschläge auf Firmen, die beim Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf beteiligt waren.

Scherbendemonstration und Zaunkampf: Das sind Angriffe auf Bauzäune technischer Großanlagen und Fensterscheiben exponierter Gebäude wie Banken und Versicherungen. Scherbendemos sind zum Beispiel aus dem Berliner Häuserkampf Anfang der 80er Jahre bekannt.

Stadtteil-Riot: Bekannt ist die Nacht vom 1. auf den 2. Mai 1987 in Berlin-Kreuzberg. Die Bilanz der Nacht: 47 Festnahmen, weit über hundert Verletzte, 36 geplünderte Läden, Schäden in Millionenhöhe, die Polizei mußte sich für Stunden aus Kreuzberg zurückziehen. (Dieser Kiezaufstand erinnert stark an die Arbeitslosenproteste 1892/94 in Berlin. Die SPD distanzierte sich von den damaligen Tumulten und bezeichnete die Beteiligten als Lumpenproletarier. Und Teile der Autonomen 1987? Sie schätzten die Revolte als „Aufstand der Arschlöcher“ ohne jeglichen politischen Hintergrund ein.)

Direkte Aktionen wenden sich unmittelbar gegen den Konfliktgegner und drohen diesem einen mehr oder weniger großen Schaden an. Sie zielen nicht in erster Linie auf eine Ausdehnung des Protestes, sondern auf seine Intensivierung. Dann wird oft von Widerstand gesprochen. Das Kalkül lautet: Lieber weniger, aber dafür um so entschiedener. Auch als direkte Aktion weisen Straßendemonstrationen noch die größte Beteiligung auf. Bei Behinderungs- und Besetzungsaktionen sieht das anders aus.

#### Spaßguerilla während des Häuserkampfes in Westberlin

Zwischen Oktober 1980 und August 1982 wurden 92 Spaßguerilla-Aktionen bekannt, etwa eine pro Woche.

#### 40% Theater:

U-Bahn-Theater, Szenen beliebigen Inhaltes lassen sich ausdenken, unsichtbares Theater als Untergrundaktion;

Massentheater: Es wurden Scheinbesetzungen gespielt. Leute gingen in ein leerstehendes Haus, hängten ein Transparent aus „Dieses Haus ist besetzt“ und stellten Kerzen ins Fenster. Das waren Aktionen unter dem Motto: „Bürger beschäftigen die Polizei.“

Auf einer Veranstaltung mit Lummer 1981 erschien eine Gruppe vornehm gekleideter Leute, mit Lachsäcken in den Taschen, die sie während der Lummer-Rede ablaufen ließen. In der Diskussion überholten sie Lummer von rechts.

#### 25% Schreiben mit gefälschtem Briefkopf, gefälschte Zeitungen:

Zum Beispiel wurde eine Sperrmüllaktion des Senats angekündigt. Die Leute wurden aufgefordert, den Sperrmüll auf der Straße abzustellen. Das Ganze war eine Aktion zur Beschaffung von Barrikadenmaterial.

#### 10% Grafik-Aktionen

Ein Beispiel nicht aus dem Häuserkampf. Das ist auch kein Spass, manchmal hört der Spaß auch auf...

Im Deutschen Herbst 77 klebte Spies die Worte Polizeiterror, Justizterror, Konsumterror etc. auf eine gemietete Werbefläche. In der Nacht wurde das Plakat abgerissen. Am nächsten Tag

klebte er: „Hier verhinderte das gesunde Volksempfinden die freie Meinungsäußerung gewaltsam.“ Ein Tag später war die Fläche überklebt. Allerdings schauten sich viele die Plakate an und blieben stehen.

25% Tieraktionen u.a.

Am 12.12.1980 wurden bei Karstadt am Hermannplatz 600 weiße Mäuse in die Lebensmittelabteilung eingeschmuggelt, in Cornflakespackungen versteckt. Die Tiere fraßen sich durch und gingen an die umherstehenden Lebensmittel.

Dazu gab es eine Kommandoerklärung der MAF (Mäusearmeeaktion):

Uns Mäusen stinkt die Konsumscheiße schon lange und wir lassen uns von diesen amerikanischen kolonialistischen Mickeymäusen nicht länger verarschen.

Wir wollen kein Disneyland! Karstadt muß in Mäusehand!

Knastmauern sind für uns nur größere Käsebrocken.

Wir fressen alles auf, was uns kaputt macht !

Einige weitere Beispiele( Es wurde vor allem die Freilassung inhaftierter Hausbesetzer gefordert): 1981

1.2. Bei 40 Banken werden die Türschlösser verklebt. In einer Erklärung heißt es dazu, den Banken sollte dadurch eine Denkpause verschafft werden, um über die Profitsanierung nachzudenken.

2.2. Ein Gottesdienst in der Gedächtniskirche wird gestürmt...

4./5.2 Buttersäureattentate

5.2. 20 Pappnasen stürmen eine Vorstellung des Schloßparktheaters...

12.2. Besetzung des SPD-Büros in Kreuzberg

14.2. 50 Jugendliche blockieren in Zehlendorf für 10 min eine Kreuzung

14.2 Scheiß-Anschlag des rollenden Schweinekommandos auf 40 Banken

15.2. Ein Rundbrief des „Senators für Gesundheit und Umweltschutz“ taucht in den nördlichen Bezirken auf: Am 18.2. sollen bei den Gesundheitsämtern Gasmasken zum Schutz gegen den Smog abgeholt werden.

Weitere Beispiele für direkte Aktionen und Spaßguerilla:

1968 hieß die Devise - Enteignet Springer ! Springer-Produktionsstätten wurden blockiert. Es wurde der Versuch unternommen, das Springerhochhaus zu stürmen, Auslieferungsfahrzeuge wurden in Brand gesteckt.

Die Kommune I versuchte es mit Puddingattentaten und Farbeieraktionen. Sie verteilte Flugblätter mit der Aufforderung, Warenhäuser niederzubrennen und inszenierte „Moabiter Seifenoper“, die die Justiz der Lächerlichkeit preisgaben.

Strömungen wie die umherschweifenden Haschrebellen in Westberlin und das Sozialistische Patientenkollektiv in Heidelberg unternahmen u.a. folgende Aktionen: Aktionen gegen Erziehungsheime und Knäste, Angriffe auf psychiatrische Krankenhäuser, Klauen und Veröffentlichungen von Geheimdokumenten, Lahmlegen des Fahndungsapparates der Polizei  
Aktionen der italienischen Autonomia waren: massenhaft in Supermärkten proletarisch einkaufen, Jugendzentren besetzen, sich kostenlos Eintritt zu Musikkonzerten beschaffen, umsonst öffentliche Verkehrsmittel und Kinos benutzen, Sturm der Mailänder Scala, Plünderung von Luxusgeschäften

Betriebsprojektgruppen: die 73er Kampf- und Streikbewegung mit dem Ford-Streik als Höhepunkt blieb vorwiegend auf ausländische Arbeitsmigranten beschränkt  
Häuserkämpfe in den 70er Jahren

Spontibewegung an den Universitäten, in Münster wurde 1978 ein Schwein zum Rektor gewählt, in Ulm kandidierte ein Hund für den akademischen Senat  
K-Gruppen: 1973 stürmten Mitglieder der KPD in Bonn das Rathaus und zerlegten die Inneneinrichtung  
Stadtguerilla und Deutscher Herbst  
in den 80er Jahren gab es vor allem Kämpfe im Reproduktionsbereich, Anti-AKW, Hausbesetzerbewegung, Kampf gegen die Startbahn-West, Friedensbewegung  
in den 90er Jahren: Antifa-Demos, 1. Mai, Innenstadtaktion, Reclaim the street, Direkte Aktion im Netz...  
Schließlich kamen die Antiglobalisierungsbewegung und die Gipfelstürmer!

An dieser Stelle lese man das Buch "Autonome in Bewegung"...

Erwerbslosenprotest-einige Beispiele aus der deutschen Geschichte:

1892/94: Proteste in Berlin:

„Ein Augenzeuge schreibt uns: An der Ecke der Schilling-und Großen Frankfurter Straße begegnete mir, von der Landsbergerstraße kommend, ein Zug von arbeitslosen Bauarbeitern. Diesselben holten sich von den dortigen Bauten Steine und warfen, immer im Marsche bleibend, fast sämtliche große Fensterscheiben ein. Der Zug bewegte sich die Blumenstraße und den Grünen Weg entlang. Hier wurden die Schaufenster verschiedener Bäcker-und Zigarrenläden, auch vereinzelter Hut-und Schirmgeschäfte zertrümmert. Die ausliegenden Sachen nahmen die Leute mit sich...Von einigen Ausnahmen abgesehen, machte die Masse durchaus nicht den Eindruck von Menschen, die nur aus Freude am Zerstören handeln. Man sah, es war der Ausdruck der Verzweiflung. Bei der Plünderung hörte man verschiedentlich die Rufe: „Gebt uns Arbeit!“- „Wir wollen Brot.“ Wir sahen, wie die Menge, nachdem sie einem Bäcker am Grünen Weg die Scheiben zertrümmert hatte, den Laden ausräumte und die Waren sofort aß.“(aus „...ein bißchen Radau...“)

Und wie verhielt sich die Sozialdemokratie zu den Arbeitslosenprotesten.

Sie distanzierte sich.

Liebknecht auf dem SPD-Parteitag 1892:

Ehrliche Arbeiter sind keine Lumpen...Jedenfalls haben unsere Parteigenossen bei den Februarkrawallen weder Fenster eingeworfen, noch Läden geplündert; wer das getan hat, verdient den Namen Lumpenproletarier, und zwar noch in schlimmerem Sinne als Marx ihn gebraucht hat.

Und Engels im gleichen Jahr:

Ich bin froh, daß die Berliner Krawalle vorüber sind und daß unsere Leute sich so stramm davon zurückgehalten haben.

Die Zeitschrift „Der Sozialist“ sieht das am 8.März 1892 jedoch ganz anders:

„Eine schlotternde Angst ergriff ob dieser Plünderungen und Verheerungen die gesamte bürgerliche Welt. Und mit Recht, hatten doch die Massen „das Paladium des sittlichen Staats“, das Eigentum angegriffen. Ja, das war ein nicht wieder gut zu machender Frevel! Mit sittlicher Entrüstung wandten sich nun den plündernden arbeitslosen Massen auch die Herren von der Sozialdemokratie ab.

Natürlich, diese disziplinenlosen Massen hatten doch nach der Ansicht unserer wissenschaftlichen Sozialisten die Pflicht gehabt, ruhig in den Zukunftsstaat hineinzuhungern - pardon!- hineinzuwachsen...

Außerdem bewiesen die aufrührerischen Massen durch ihre gemeinen, abscheulichen Ausschreitungen, daß sie nicht auf dem Boden der vom Parteitage festgesetzten Taktik ständen.“

Und Josef Peukert, ein Proletarier aus der revolutionären Arbeiterbewegung erinnert sich 1913:

„Sobald sich an irgend einem Orte ein Genosse zu radikal oder selbständig bemerkbar machte, kam von „Oben“ herab ein Wink, sich von demselben fern zu halten, derselbe sei gewiß ein „agent provocateur“:

Genügte dies nicht, so wurde er systematisch aus der Arbeit gedrängt, von einer Werkstatt zur anderen gehetzt, bis er notgedrungen den Ort verlassen mußte. Kam er dann nach einem andern Orte, wo Sozialdemokraten waren, war er gewöhnlich schon „avisiert“ und seine Existenz unmöglich, bis er zu Kreuze kroch und sich der Parteidisziplin fügte. Zeigte sich diese Methode nicht wirksam oder anwendbar, so wurde er eben direkt oder indirekt als „Anarchist“ oder „revolutionärer Agent“ denunziert und die Polizei besorgte das Übrige. Solche Fälle von Verfolgung und Denunziation von Seite der Sozialdemokraten kamen damals so massenhaft vor, daß unsere Genossen vor dieser Seite mehr auf der Hut sein mußten als vor der Polizei selbst.“

Von der Sozialdemokratie zur Polizei:

„Die Polizei und die Arbeitslosigkeit. In den Kreisen der Berliner Polizei scheint man eine merkwürdige Auffassung von der Arbeitslosigkeit und ihrer Ursache zu haben.

Dementsprechend greift sie zu Mitteln, die unglaublich klingen. Sie veranstaltet nämlich förmliche Jagden auf die Arbeitslosen, namentlich im Friedrichshain. Über eine solche Razzia wird Folgendes berichtet: Acht Schutzleute unter Führung eines Wachtmeisters eskortierten 15 bis 16 Arrestanten, die sie im Friedrichshain aufgegriffen hatten. Als sich der Trupp einer Bank näherte, die von mehreren Leuten besetzt war, frug der Wachtmeister jeden einzelnen, ob er Arbeit habe. Wer dies verneinte, mußte sich der Transport anschließen. Die Leute wurden vorläufig in Haft behalten. So kuriert die Polizei die Arbeitslosigkeit!“

(Der Sozialist, 17. April 1892)

Ende 1918 hatten sich in ganz Deutschland Arbeitslosenräte gebildet; in Hamburg wurden Luxushotels gestürmt, Arbeitslose unterbrachen den 1. Reichskongreß der Betriebsräte; 1920 wurden Betriebe besetzt, 1921 Demonstrationen vor Rathäusern und Gewerkschaftszentralen; 1924 kam es zu verschiedenen Erwerbslosenaktivitäten und Hungerunruhen; gegen Ende der Weimarer Republik kam es fast täglich zu Auseinandersetzungen auf Stempelstellen, Arbeitsnachweisen und Wohlfahrtsämtern

Zum Beispiel:

„Anfang 1932 öffnete in der Neuköllner Sonnenallee das neue Arbeitsamt Südost-Süd. Die Erwerbslosen gaben ihm den Namen Hungerpalast und Zuchthaus. In den ersten Tagen warteten bis zu 16000 Antragsteller in kilometerlangen Schlangen stundenlang auf Einlaß. Bei großer Kälte brachen unterernährte Menschen zusammen. Schließlich stürmten die wütenden Erwerbslosen das Arbeitsamt. In den folgenden Tagen blieb das Arbeitsamt von innen durch Wirtschaftsbeamte und Polizei verbarrikadiert. Die Lage beruhigte sich erst, als der Magistrat, unter dem Druck der Betroffenen, Verbesserungen im Alltagsablauf des Arbeitsamtes beschloß.“ (aus Schnauze voll !)

Zwischen 1928 und 1931 fanden die größten Demonstrationen und Kundgebungen von Erwerbslosen und Beschäftigten statt; es gab Erwerbslosenausschüsse; diese beteiligten sich an Streiks, leisteten Widerstand gegen Zwangsräumungen, kämpften gegen die faschistische Einflußnahme auf Erwerbslose.



Hier klafft jetzt ein Lücke ! Zunächst kamen die Nazis und mit ihnen die Arbeitsschlacht, dann gab es das Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung. Erst ab Anfang der 80er Jahre rührte sich wieder Protest aufgrund der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit.

Beispiele für Erwerbslosenprotest in den 80er und 90er Jahren in Deutschland  
Anfang der 80er Jahre gründeten sich Jobber-und Erwerbsloseninitiativen.  
Auf einem Autonomen- Treffen im Juli 1983 wurde der von einigen, insbesondere aus Jobber-und Arbeitslosengruppen vertretene Ansatz, sich gemeinsam gegen den laufenden Krisenangriff auf dem sozialen Terrain (Soziallohnabbau) zu konzentrieren, nicht weiter aufgegriffen.

Besetzungen:

Am 1.5.1985 besetzten Braunschweiger Erwerbslose ein leerstehendes Haus und richteten dort ein Erwerbslosenzentrum ein. Am 8.1.1988 macht ein Bagger das Haus innerhalb von 2 Stunden unbewohnbar. 40 Benutzer des Erwerbslosenzentrums besetzen die SPD-Geschäftsstelle. Der SPD-Oberbürgermeister spricht mit ihnen.  
In ihrem Flugblatt über den Abriß sagen die Besetzer über sich:  
„Es geht uns Erwerbslosen nicht darum, über Sozialarbeiter/Pädagogen verwaltet und bevormundet zu werden. Wir sind selbst in der Lage, unser Leben zu gestalten. Wir brauchen keine vom Staat bezahlten Aufpasser.“ Vom AWO-Arbeitslosenzentrum distanzieren sie sich entschieden: „Leute, die fürs Kapital nicht mehr direkt verwertbar sind, sollen hier ruhiggestellt und kontrolliert werden bzw. so zugerichtet werden, daß sie dem Produktionsprozeß wieder reibungslos zugeführt werden können.“

1987: Junge Arbeitslose besetzen in Frankfurt einen leerstehenden und zum Abriß bestimmten Betriebshof. Sie wollen den Betriebshof instandbesetzen und sich selbst Arbeitsplätze schaffen. Daraufhin stellte die Werkstatt Frankfurt die Jugendlichen ein. Die Besetzer akzeptierten das Angebot und räumten den besetzten Betriebshof.

Bielefelder Arbeitslose kämpften für den Nulltarif. 1986 beschloß das Stadtparlament den Nulltarif für Arbeitslose und Sozialhilfebezieher. Die regierende SPD weigerte sich dann die Gelder bereitzustellen. Außerdem schrien andere Städte, kein Exempel zu statuieren. Doch die Bielefelder Initiativen kämpften weiter mit Schwarzfahraktionen und einer Straßenbahnbesetzung für die Einrichtung des Nulltarifs. Die Arbeitslosenselbsthilfe Bielefeld besetzte 2 Stunden das Büro des Oberbürgermeisters.  
Ab 1. Mai 1988 galt dann in der Stadt ein  $\frac{3}{4}$  Nulltarif, das heißt mußte man zuvor noch die Hälfte des üblichen Fahrpreises bezahlen, war es nun  $\frac{1}{4}$ . Konkret: 5 Einzelfahrkarten kosteten 1,85 Mark, eine Wochenkarte 3,50 Mark und die Monatskarte 13,50 Mark.  
Die Forderung der Initiativen lauteten jedoch weiterhin: Nulltarif für alle kommunalen Einrichtungen.

Andere Aktionen:

In Hamburg fanden 1988 Ämtertage statt.

Aus einem Flugblatt: „Am Donnerstag, den 7.Juli gegen 10 Uhr sind wir von der Koordination Hamburger Erwerbslosen-und Jobberinitiativen mit ca. 60 Leuten aufs Sozialamt Billstedt gegangen. Im Treppenhaus bauten wir einen Informationstisch mit belegten Broten und Kaffee auf. In den Fluren verteilten wir Flugblätter an die Betroffenen. Unsere Forderung: Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung. Unsere Parole: Wir kämpfen um

das, was wir brauchen. Wie bereits bei früheren ähnlichen Aktionen erschien sofort der Amtsleiter Böttcher und berief sich auf sein Hausrecht. Wenig später kam die Polizei.... Angesichts der Härte des Polizeieinsatzes beschlossen wir, den Infotisch abzubauen und die Aktion abubrechen. Wir verließen geschlossen das Sozialamt. Inzwischen war auf Seiten der Polizei Verstärkung mit Bereitschaftspolizei eingetroffen. Nachdem wir mit PassantInnen und SozialhilfeempfängerInnen auf der Straße diskutiert hatten und uns bereits auf dem Rückweg befanden, stürmte die Bereitschaftspolizei auf uns zu und griff Einzelne von uns gezielt heraus. Insgesamt vier Leute wurden festgenommen. Zwei von ihnen wurden zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Polizeihochhaus geschleppt, die übrigen nach der Personalienfeststellung wieder freigelassen.“(quer August 98)

Vom 28.November bis 2.12.1988 fand eine Aktionswoche gegen die Bedürftigkeitsprüfung statt. Dieses war auf dem 2. Erwerbslosenkongreß beschlossen worden. (siehe unten)

Am 5. 10.1992 zogen 800 ABMler aus verschiedenen ABS-Gesellschaften im Bezirk Halberstadt vors Arbeitsamt. Sie mauerten flugs die Eingänge zu und forderten lautstark, den Arbeitsamtsdirektor zu sprechen. Als dieser nicht erschien, wollten einige das Arbeitsamt stürmen. Das verhinderten dann IG-Metaller.

Am 29.10.1993 fanden zum Weltspartag Aktionen in 200 Städten statt, gegen das unsoziale Sparprogramm der Bundesregierung. In Frankfurt a.Main wurden symbolisch Hundert-Mark-Scheine vom Sozialamt zu den Banken getragen. In Berlin gab es Theateraufführungen u.a. eine Treibjagd auf Arbeitslose bzw. das zu Grabe tragen des Sozialstaates.

Die Einschätzung des Proletarischen Komitees im Mai 1998 zu der Situation seit Ende der 80er Jahre:

„Im Gegensatz zur Aufbruchstimmung 1982 stagnierten nachfolgend die Zahl der Aktiven in den Erwerbslosengruppen. Trotz des weiteren Anstiegs der Arbeitslosenzahlen und der Zunahme der Angriffe auf den Lebensstandard der Erwerbslosen, war von den angeblich 1000 Initiativen kein gesellschaftlicher Gegendruck spürbar. Ein weiterer 1988 stattfindender Kongress drückte hauptsächlich Behäbigkeit statt kämpferischen Elan aus. Beschlossen wurde im Zusammenhang mit Sozialhilfeinitiativen eine bundesweite Kampagnenwoche gegen die Bedürftigkeitsprüfung. Möglichst spektakuläre Aktionen sollten laufen. Von der eingerichteten Infozentrale forderten hierfür 62 Initiativen müde 50 000 Flugblätter und 3 500 Plakate an. Die häufigste Aktionsform bestand im Verteilen von Flugblättern und im Schreiben und Überreichen von Resolutionen. Daneben gab es einige Minidemos, Besuche in Sozial- und Arbeitsämtern und Diskussionen mit Politikern und Amtsvertretern. So wundert es im nachhinein nicht, daß weder die Bedürftigkeitsprüfung zurückgenommen wurde, noch über dieses Thema die Basis der Erwerbslosenbewegung erweitert werden konnte.

In den neunziger Jahren versagten die alten Erwerbslosengruppen, der neu gegründete Arbeitslosenverband sowie gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiativen und Gewerkschaften angesichts der sozialpolitischen Zuspitzung gänzlich. Zufrieden zeigten sich viele ihrer Vertreter mit der Einrichtung von ABM-Jobs in Beratungsstellen.

Doch ernstzunehmende kämpferische Initiativen wurden von ihnen nicht durchgeführt.

Eine Ausnahme war die von der Bauarbeitergewerkschaft organisierte Aktionswoche rund um die Riesenbaustelle am Potsdamer Platz, die gegen die untertarifliche Beschäftigung gerichtet war. Dabei waren vereinzelt rassistische Parolen zu hören.“

( Vereinzelt ?)

Einige Aktionen der französischen Erwerbslosen 1997/98:

- Besetzung von Arbeitsämtern und der Arbeitslosenversicherung
- Besetzung der städtischen Stromgesellschaft
- Zerstörung der Eingangstüren eines Arbeitsamtes und Einschmeißen der Scheiben einer Präfektur
- Ein Rathaus wurde gestürmt und zwei stellvertretende Bürgermeister festgesetzt
- Besetzung einer Eliteschule
- Besetzung der Börse, brennende Akten wurden aus dem Fenster geworfen
- in einem Pariser Nobelhotel erzwangen sich 30 Arbeitslose ein Gratisessen mit Austern und Champagner

Erst ab Anfang der 80er Jahre rührte sich wieder Protest aufgrund der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit. Anfang der 80er Jahre gründeten sich Jobber- und Erwerbsloseninitiativen, von denen Proteste ausgingen. Während 1982 noch Aufbruchstimmung herrschte, war die Erwerbslosenbewegung Ende der 80er und in den 90er Jahren behäbig, es gab jetzt ABM-Stellen für Beratung.

Erst als 1998 die französischen Erwerbslosenproteste nach Deutschland überschwappten und eine Kohl muß weg-Stimmung im Wahljahr aufkam, gab es von Februar bis September 1998 Erwerbslosenproteste in Deutschland und in Berlin.

### Erwerbslosenproteste 1998 in Berlin

Ursachen: Überschwappen aus Frankreich; Verschärfungen im SGB III (z.B. Meldepflicht); Peter Grottian initiierte das Aktionsbündnis Erwerbslosenproteste, die Wahlen standen bevor; Konsens: Kohl muß weg; die Gewerkschaften leisteten Wahlkampfhilfe für Schröder, mit der Wahl Schröders waren die Proteste vorbei; d.h. die Erwerbslosen wurden ganz klar instrumentalisiert

- Es wurden zwei Strategien gefahren:

1. Es gab einen Runden Tisch der Erwerbslosengruppen; daran saß der DGB, Erwerbslosengruppen in den Einzelgewerkschaften, das Aktionsbündnis Erwerbslosenproteste, der Arbeitslosenverband und unabhängige Erwerbslosengruppen wie Hängematten und ERWIN, sowie das Proletarische Komitee. Dieser Runde Tisch organisierte ab Februar bis September 1998 zu den Jagodaten (Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen) monatliche Demonstrationen. War die 1. Demo noch ziemlich groß und spontan, es wurde versucht, das Rote Rathaus und das Hotel Adlon zu stürmen, so wurden die nächsten Demonstrationen immer mehr in gewerkschaftlich-geregelte Bahnen gelenkt und der Protest versiegte bald, immer weniger DemonstrationsteilnehmerInnen waren zu verzeichnen. Einzig die beiden Demos durch Friedrichshain und Kreuzberg/Neukölln hatten belebende Elemente, so wurde bei Karstadt am Hermanplatz umsonst eingekauft, das Sozialamt Friedrichshain besetzt oder dem Bürgermeister in Friedrichshain eine Petition mit Forderungen überreicht, anschließend gab es in Friedrichshain noch ein Straßenfest.
2. Das Aktionsbündnis Erwerbslosenprotest unternahm Aktionsspaziergänge, es gab Go-Ins in Sozial- und Arbeitsämtern. Aber auch hier flaute der Widerstand ab, schließlich taufte jemand dieses Bündnis in Erwerbsbündnis Aktionslosenprotest um. Durch Streitereien zerfiel das Bündnis schließlich.

Ursachen für Scheitern:

Schwierigkeit, Erwerbslose zu mobilisieren; inhaltliche Differenzen zwischen gewerkschaftlichen und unabhängigen Gruppen und Einzelpersonen; Intention: Kohl muß weg; nach der Wahl erreicht; Streitereien aufgrund persönlicher Diskrepanzen; Organisationsproblem bei Einzelpersonen; Schwäche der Gruppen...

Versuch gestartet mit der Kampagne Champagner 99, die scheiterte; es sollten Arbeitsämter besetzt werden, nur wenige kamen und die Polizei stand schon vor der Tür  
Es gab noch Aktionen zur Faulheitsdebatte, eine Demo und eine Sozialamtsaktion in Neukölln von Hängematten, aber das wars. Es begann erst wieder 2002.

Erwerbslosenproteste in Berlin (siehe auch Artikel zum Jahr 2002/Runder Tisch der Erwerbslosen)

- Es begann mit einer Aktion auf dem DGB-Kongreß Ende Mai 2002.
- 7.6. Bundesweite Erwerbslosendemo in Berlin
- Bildung des Berliner Runden Tisches der Erwerbslosen, von dem die folgenden Aktionen ausgingen
- Inhaltliche Diskussion zur Hartzkommission und zu Alternativen
- Aktionen auf anderen Veranstaltungen, z.B. mit Riester
- Demos, Kundgebungen und kleine Aktionen
- vor Bundesarbeitsministerium (Hartzer Käse-Platte)
- vor Bundeskanzleramt
- Aktionstag am 16.8.
- Demo am 5.9.
- Erwerbslosentheater „Profis der Nation“, 1. Stück zu Zumutbarkeitsverschärfung und Leiharbeit, 2. Stück „Arbeit soll das Land regieren“, 3. Stück „Auf nach Modulu- die 8 Module des Dr. Mabuse“ ist in Planung und Probe
- Im September gab es 2 Veranstaltungen, Hartzkommission von Anders arbeiten (100 Besucher) und „Hat wählen überhaupt Sinn“ von Hängematten mit ca. 40/50 Leuten
- Auf der Grunewald-Demo waren wir mit einem Block und eine Rede vertreten.
- In Köln mit kleinem Block aus Berlin
- Nach der Wahl war erst mal Pause.

Medienresonanz: positiv

Mobilisierung: negativ

Danach war der Runde Tisch fast erledigt, denn im Oktober gründete sich das Berliner Bündnis für soziale Grundrechte- Stoppt die Hartzpläne. Dorthin kamen in der Anfangsphase sogar 60 –70 Leute aus unterschiedlichsten Spektren, kritische Gewerkschafter, Erwerbslose, linke Gruppen, eine Frau von den Grünen usw. Die erste Veranstaltung im Audimax der HU war mit 500 Besuchern überwältigend besucht, dagegen kamen zur Demo am nächsten Tag am 5.12. nur 350 Leute. Es bildeten sich verschiedene AG`s im Antihartzbündnis und es wurde eine Internetseite aufgebaut, die Hartzgesetze konnten nicht aufgehoben und es gab Streit zum Arbeitszwang und Existenzgeld, Leute gingen. Das Bündnis ist heute eher eine Gruppe, die sich inhaltlich z.B. mit PSA`s beschäftigen und großen Wert auf Betriebskämpfe legen, z.B. bei Siemens. Traditionelle Gruppen wie die Neue Einheit vertreten die These der Reindustrialisierung, denn nur in Großbetrieben könne man die Arbeiter mobilisieren...

Aber es gab ab Ende Dezember 2002 bis Juni 2003 noch einige spaßige Aktionen des Antihartzbündnisses...

Besonders spaßig war dabei eine Aktion am 19.12. 2002, dem Tag des sozialen Protestes. Der Anlaß war aber weniger spaßig, denn es handelte sich um eine Kundgebung vor dem Sozialamt Neukölln. Wir überreichten dem Sozialamt den Wandelpokal für das mieseste Sozialamt der Republik, den Goldenen Tretstiefel. Das Ganze wurde garniert mit Bestattungsunternehmern, Trauermarsch und – gedenken. Man muß es gesehen haben...

Es kamen dann im Januar 2003 der Tag der Gewerkschaften, wo wir Sommer „besuchten“, im Februar 2003 der Tag der Erwerbslosen, wo wir ein Jobcenter aufsuchten, und eine Störaktion bei einer Veranstaltung mit Clement. Spaßig wurde es dann wieder am 1. April, „Heraus zum 1. April“ hieß das Motto der Spaßdemo vom Arbeitsamt zum Sozialamt Wedding. Dabei organisierte das Antihartzbündnis eine Sklavenversteigerung.

Der „Block des konsequenten Widerstandes“ vom Antihartzbündnis auf der DGB-Demo war dagegen miserabel besucht. Nach dem 1.4. und dem 1.5. kam der 1.6. Wieder eine Demo. Nach Hartz war die Agenda 2010 auf den Plan getreten und natürlich auch der Protest dagegen. Es hatte sich eine Initiative für ein Berliner Sozialforum gegründet, die soziale Bewegung in Berlin wurde größer, aber vor dem Hotel Estrel, wo der Sonderparteitag der SPD tagte, protestierten gerade mal 1000 Leute, wobei die Gewerkschaften kaum mobilisiert hatten. Das Antihartzbündnis hatte auch diesmal wieder eine Spaßaktion parat, ein Gladiatorenkampf zwischen Minijobber, Leiharbeiter und Ich-Agler mit einem Gelöbnis. Am 1.7. war dann noch der Tag der SozialhilfebezieherInnen, wo wir Flyer verteilten und die Sommerpause begann.

Inzwischen hatte sich in Berlin wieder ein neues Bündnis gegründet, daß die nächste Demo gegen Sozialkahlschlag vorbereitete. Diesmal sollten es am 1.11.2003 100 000

Demonstranten in Berlin werden, die soziale Bewegung war erstarkt. Danach gründete sich das Sozialbündnis in Berlin. Das hatte mehrere Gründe. Im Sozialforum hatte es eine Diskussion gegeben, ob das Sozialforum Akteur oder Raum sei. Dabei gab es unterschiedliche Positionen, einige Akteure gründeten nun zusammen mit StudentInnen, GewerkschafterInnen, Erwerbslosen- sowie traditionalistischen Gruppen das neue Bündnis.

Im November /Dezember 2003 begannen nun zwei andere Formen von Protest. Einmal waren das die Studentenproteste und dann die Armutspolizei, die Prof. Grottel vorgeschlagen und initiiert hatte, am 5.12. gab es eine Betteldemo im Grunewald, danach wurden die Schwarzfahraktionen gestartet.

Es kristallisierten sich neue Schwerpunkte heraus: das Thema Mobilität und das Thema Ämter. Januar und Februar 2004 waren gekennzeichnet durch viele Schwarzfahraktionen, wobei auch Obdachlose und Erwerbslose einbezogen wurden. Das Sozialforum organisierte zwei Aktionen „Berlin geht zu Fuß“, wo die Straßenbahn am Alex blockiert wurde und ein Go-In bei der BVG, wo BVG-Chef Arnim ein Besuch abgestattet wurde.

Ein zweites Thema kristallisiert sich heraus: Ämterkritik. Es gab Arbeitsamtsaktionen.

Es sind noch weitere Aktionen zur BVG und Ämtern geplant.

Das neue/alte Thema der radikalen Linken ist Aneignung, es gab Berlin Umsonst- Aktionen, eine Bäderaktion und Umsonst essen bei den Arbeitgebern im Hotel Maritim.

Und natürlich die Demo gegen Sozialkahlschlag am 3.4., die in Berlin 250 000

TeilnehmerInnen hatte. Ein Lichtblick. Wenn man bedenkt, daß wir im Juni 2002 mit einer Demo von 100 Erwerbslosen begannen...Nichtsdesto trotz wurden von den 4,25 Millionen Erwerbslosen nur ein Bruchteil mobilisiert...

Anne Seeck

Literatur:

Straßenprotest: Thomas Balistier, Westfälisches Dampfboot, Münster 1996

Spassguerilla, UNRAST-Verlag Münster 1997

Geronimo, Feuer und Flamme, Edition ID-Archiv, Berlin 1997

Thomas Schultze, Almut Gross, Die Autonomen, Konkret Verlag, Hamburg 1997

„...ein bißchen Radau...“ Arbeitslose machen Geschichte, Transit Verlag, Berlin 1983

Schnauze voll, Proletarisches Komitee, Mai 1998

Arbeitslosenzeitung quer 1985-95